

**MOTION** von Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden), Silvia Kamm (Grüne, Bonstetten) und Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf)

betreffend Verkaufsverbot von Tabakwaren an Jugendliche unter 16 Jahren

---

Der Regierungsrat wird ersucht, rasch möglichst gesetzliche Rahmen zu schaffen, damit

1. keine Tabakwaren mehr an Jugendliche unter 16 Jahren sowohl in Verkaufsläden wie in Restaurants verkauft werden dürfen,
2. keine Zigarettenautomaten mehr unbeaufsichtigt und für jugendliche Konsumentinnen und Konsumenten frei zugänglich sind und
3. Massnahmen zur Ueberprüfung sowie zur Einhaltung des Verkaufsverbots getroffen werden.

Susanne Rihs-Lanz  
Silvia Kamm  
Hanspeter Amstutz

Begründung:

Jedes Jahr sterben in der Schweiz über 10'000 Menschen an den Folgen des Tabakkonsums. Tabak ist die Hauptursache für vermeidbare Todesfälle. Am blauen Dunst sterben weltweit 30 mal soviele Menschen wie an Aids oder 50 mal soviele wie durch illegale Drogen. Die Folgen des Tabakkonsums belastet das Gesundheitswesen schwer, besonders dann, wenn die Raucherinnen und Raucher beim Beginn des Rauchens noch jung sind. Trotz Bemühungen im Bereich der Prävention greifen Jugendliche immer früher zur Zigarette. Ein Viertel der 15-jährigen raucht bereits. Die Zahl der rauchenden Jugendlichen nimmt stetig zu. Um dieser beängstigenden Entwicklung entgegen zu wirken, müssen viele Massnahmen ergriffen werden. Eine davon wäre das Verkaufsverbot von Tabakwaren an unter 16-jährige, wie dies beim Alkohol bereits der Fall ist. Eine in die gleiche Richtung zielende Kampagne mit Umfrage ("OK-Kampagne"), sogar von der Tabakindustrie selbst lanciert, hat ergeben, dass 60 % der Bevölkerung für ein Gesetz sind, das den Verkauf von Tabakwaren an Jugendliche unter 16 Jahre verbietet. Die Tabakprävention an den Schulen erweist sich als Tropfen auf einen heissen Stein, solange Zigaretten für Kinder und Jugendliche völlig frei erhältlich sind. Ohne wirkungsvolle strukturelle Massnahmen dürfte dem grassierenden Tabakkonsum unter Jugendlichen kaum noch beizukommen sein. Allfällige Lösungen, die auf Freiwilligkeit bei den Jugendschutzmassnahmen zielen, wirken nicht, weil sie in grossem Stil unterlaufen werden können. Es ist wichtig, dass der Staat in seiner Drogenpolitik alle Suchtmittel, die sogenannten illegalen wie auch die legalen miteinbezieht.